

Rundbrief Oktober 2018

„Mali nach der Wahl“

Liebe Freundinnen und Freunde der LAG Mali,

während in Bayern der Wahlkampf in seine heiße Phase eintritt, hat die malische Bevölkerung bereits im Sommer und unter hohen Sicherheitsvorkehrungen den nächsten Präsidenten gewählt. Noch Anfang dieses Jahres war nicht klar, ob die Präsidentschaftswahl angesichts der instabilen Sicherheitslage überhaupt durchführbar ist. Aus gegebenem Anlass hat unser Rundbrief daher einen politischen Schwerpunkt.

Die Lage in Mali ist ernst. Das westafrikanische Sahelland, das zu den zehn ärmsten Ländern der Welt zählt, steckt seit 2012 in einer seiner schwersten Krisen fest. Sie ist komplex und hat viele Dimensionen: sicherheitspolitisch, ökologisch, wirtschaftlich, staatlich. Leidtragende sind die malischen BürgerInnen und entsprechend angespannt ist inzwischen die Stimmung im Land. Die Menschen wünschen sich nichts sehnlicher als einen Ausweg aus der Misere und endlich Frieden und Sicherheit.

Unsere drei laufenden Projekte liegen südwestlich und außerhalb von Malis Krisenregionen, d.h. konkret in den Landkreisen Kita, Dioila und in der Kommune Dombila. Sie wurden bisher nicht beeinträchtigt. Ein Projekt wird mit Zuschüssen des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert. Dank unserer zuverlässigen malischen Partner konnten wir seit Mai 2018 drei neue Gartenanlagen wie geplant aufbauen. Sie sind z.T. bereits bewirtschaftet. Insgesamt werden dort 210 Frauen aktiv und können damit die Ernährungssituation ihrer Familien verbessern.



Die Einfriedung steht, Frauen legen ihre Beete an –



Aufbau sanitärer Anlagen für eine Grundschule, Dombila

Wahlen im Ausnahmezustand

Mehr als 30.000 Sicherheitskräfte zum Schutz der WählerInnen waren nach offiziellen Angaben der Regierung eingesetzt. Von rund 24.000 Wahllokalen im ganzen Land wurden 850 beim ersten Wahlgang Ende Juli aus Sicherheitsgründen nicht geöffnet. Bei der Stichwahl am 12. August waren es immerhin nur noch 100. Die Präsidentschaftswahlen haben stattgefunden, wenngleich unter besonderen Rahmenbedingungen.

Die malischen Bürgerinnen und Bürger haben dem amtierenden Staatspräsidenten eine zweite Chance gegeben. Ibrahim Boubacar Keita, in Kurzform wird er in Mali „IBK“ genannt, ging mit 67,2 Prozent der abgegebenen Stimmen als Sieger aus der Stichwahl hervor. Sein Herausforderer Soumaila Cissé dagegen, der schon vor fünf Jahren gegen IBK antrat und verlor, erreichte nur 32,8 Prozent. Cissé erkannte das Wahlergebnis nicht an und spricht von Wahlbetrug. Das Verfassungsgericht wies jedoch seine Anfechtung der Wahlergebnisse zurück. Internationale Wahlbeobachter waren eingesetzt und berichteten von Unregelmäßigkeiten. Die Stimmung in der Bevölkerung ist angespannt, vor allem unter den Jungwählern. Soumaila Cissé, der weite Teile der Opposition hinter sich weiß, rief die malische Bevölkerung auf, „sich zu erheben.“ Seitdem organisierten seine Anhänger vorwiegend in der Hauptstadt Bamako Protestdemonstrationen.



Soumaila Cissé - SC - (© Issouf Sanogo AFP)

Ibrahim Boubacar Keita – IBK - (© Sipa presse)

Für IBK, den wiedergewählten Präsidenten, hat Sicherheit oberste Priorität, wie er bei seiner Amtseinführung im September erklärt. Im Vergleich zu seiner ersten Amtsperiode, die er in 2013 als Hoffnungsträger für ein vereintes Mali angetreten war, steht er nun unter dem Druck einer wachsenden politischen Opposition. Berechtigte Kritikpunkte seiner bisherigen Politik sind u.a. schlechte Regierungsführung, mangelnde Bekämpfung der Korruption und Vetternwirtschaft.

Nach fünfjähriger Amtszeit kann IBK nur eine magere Bilanz vorweisen: Die Staatshoheit im Norden ist noch nicht wiederhergestellt. Der Friedensvertrag, der 2015 zwischen der malischen Regierung und Tuareg-Rebellen unterzeichnet wurde, existiert nur auf dem Papier. Die darin beschlossene Entwaffnung der Rebellen steht noch aus. Außerdem wirft man dem Präsidenten vor, dass der Staat unter seiner Führung das Zentrum des Landes zu lange vernachlässigt hatte und die dort ausbrechenden Kämpfe rivalisierender Milizen nicht verhindert wurden.

„Viel Militär – weniger Sicherheit, Mali fünf Jahre nach Beginn der Intervention“ ist der Titel einer kritischen aber empfehlenswerten Studie von Charlotte Wiedemann (Jan.2018), die einen vertieften Einblick gibt.

Mali - ein Land in der Krise

Bis heute ist in den nordöstlichen Wüstengebieten Malis die Sicherheitslage trotz starker Militärpräsenz und der UN Friedensmission MINUSMA nicht stabil. Faktisch hat der malische Staat nur die städtischen Zentren unter Kontrolle. Die in 2013 vertriebenen extremistischen Gruppen haben sich neu formiert und sind grenzübergreifend aktiv. Sie verminen die Straßen und attackieren militärische Ziele oder staatliche Institutionen. Im Nordosten Malis waren im März dieses Jahres aus Sicherheitsgründen über 715 Schulen geschlossen.

Darüber hinaus hat sich im Zentrum des Landes eine neue extremistische Gruppe um den religiösen Führer Amadou Kouffa etabliert. Sie hat sich im März 2017 mit den Dschihadisten im Norden verbündet. In zunehmendem Maß sind Zivilisten Opfer von Sprengfallen und kriminellen Überfällen. In den zentralen Regionen Mopti und nördlich von Segou nehmen Diebstähle und die allgemeine Kriminalität zu. Der Staat ist in diesen unsicheren, ländlichen Gebieten mit seiner Ordnungsmacht kaum präsent oder funktional. Zu ihrem Schutz bilden die Einwohner Bürgerwehren und bewaffnen sich. Lokale Konflikte zwischen Bauern und Viehhirten werden mit Waffengewalt und in Eigenjustiz ausgetragen.

Dies führte dazu, dass erneut tausende Menschen ihre Dörfer verlassen haben. Nach Angaben der Vereinten Nationen vom August 2018 leben rund 75.000 Binnenflüchtlinge in Mali. Zumeist werden sie über die sozialen Netzwerke der Verwandten oder in fremden Familien mitversorgt. Das geschieht, obwohl die aufnehmenden Familien selbst keine großen Nahrungsmittelreserven haben. Das „Armenhaus“ Mali hat ein „Flüchtlingsproblem“. Rund 140.000 Malier, die seit der Krise von 2012 noch immer nicht zurückgekehrt oder erneut geflüchtet sind, leben in Notunterkünften der Nachbarländer.

Nach einer Umfrage der Friedrich Ebert Stiftung in Bamako führen hohe Arbeitslosigkeit, steigende Lebensmittelpreise und die weiterhin stagnierende sozio-ökonomische Entwicklung zu einer zunehmenden Frustration innerhalb der Bevölkerung, insbesondere innerhalb der malischen Jugend. Hinzu kommt, dass die staatlichen Institutionen in vielen Landesteilen nicht in der Lage sind, eine Grundversorgung in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung zu gewährleisten. Philipp Goldberg, Leiter der Friedrich Ebert Stiftung in Bamako, sieht die Wurzeln der Krise vor allem in der Abwesenheit von Justiz, Gerechtigkeit und einer hohen Jugendarbeitslosigkeit.

„Sie verlangen deshalb eine primär politische und sozio-ökonomische Antwort.“ (20.04.2018; <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/175842/mali>)

Malis Krise ist von höchst komplexer Natur. Die vielschichtigen Problemlagen, die sich zudem gegenseitig verstärken, erfordern angemessene Lösungen und keine eindimensionale Herangehensweise.

Der wieder gewählte Präsident steht vor der großen Herausforderung, diese zu erarbeiten und konkret umzusetzen. Eine starke politische Opposition und der Druck der Straße können diesen Prozess durchaus vorantreiben und beeinflussen.



Licht am Ende des Tunnels? – Blick in den Brunnen in Missaouléna

Engagement statt Resignation

„Es ist wichtiger, etwas im Kleinen zu tun, als im Großen darüber zu reden.“

Diese Auffassung von Willy Brandt teile ich aus voller Überzeugung und engagiere mich seit 2005 als Vorsitzender der LAG Mali. Zwar sind unsere Mittel im Vergleich zu anderen Hilfsorganisationen wie beispielsweise Oxfam deutlich begrenzter. Doch auch im kleinen Rahmen haben wir mit unseren Projekten nach dem Leitmotiv der „Hilfe zur Selbsthilfe“ viel erreicht - auf direktem Weg, orientiert am konkreten Bedarf vor Ort und nachhaltig nur in Zusammenarbeit mit den MalierInnen.



Kritiker der Entwicklungszusammenarbeit bemühen oft das Bild vom „Tropfen auf den heißen Stein“. Dieser resignativen Haltung widerspreche ich entschieden, denn sie lässt uns bequem im Althergebrachten verharren. Außerdem kenne ich die Resultate unserer Projekte, die ich vor einigen Jahren selbst besucht habe.

Die „Tropfen“ aus den Bewässerungsbrunnen unserer Gartenanlagen in Mali haben dort dafür gesorgt, dass unzählige Tonnen von Gemüse gewachsen sind und weiterhin wachsen werden. Hunderte Frauen und ihre Familien können sich dadurch mit Nahrungsmitteln versorgen und bescheidene Einkommen erwirtschaften.



Wenn wir bestehende Verhältnisse und Missstände verändern wollen, gelingt uns das nicht mit einer Haltung der Resignation.

Als bayerischer Sozialdemokrat weiß ich nur zu gut, dass es dafür viel Initiative, aktives Engagement und meistens einen langen Atem braucht.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

Stefan Schuster, MdL
Vorsitzender LAG Mali e.V.

Gudrun Kahl, M.A.
Projektreferentin

Vorsitzender: ♦ Stefan Schuster, MdL **Stellvertreter:** ♦ Franz Maget, Landtagsvizepräsident a.D. ♦ Reinhold Strobl, MdL ♦ Martha Büllsbach **Schatzmeister:** ♦ Chris Bayerlein ♦ Die LAG Mali e.V. ist im Vereinsregister Nürnberg unter VR 2668 eingetragen und vom ZFA Nürnberg – St.-Nr.: 241/109/70044 – als gemeinnützig anerkannt. Spenden an die LAG Mali e.V. sind steuerlich abzugsfähig.

Spendenkonto: VR meine Bank eG Fürth/Neustadt IBAN: DE65 7606 9559 0003 2590 05

BIC: GENODEF1NEA